

Tierschutzbeirat des Landes Sachsen-Anhalt

beim

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie
des Landes Sachsen-Anhalt
Leipziger Straße 58, 39112 Magdeburg

Umlaufverfahren 1/2017

Beratungsgegenstand:

Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1143/ 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten.

Bezug

Referenten-Entwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014

Erläuterung

Bei der Entscheidung zum vorliegenden Gesetzentwurf und insbesondere auch bei der Entscheidung über Managementmaßnahmen sowie beim Vollzug der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 sollten folgende Aspekte aus Sicht des Tierschutzes berücksichtigt werden:

1. Nach Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 haben nur noch Forschungseinrichtungen und Einrichtungen zur Ex-situ-Erhaltung unter strengen Auflagen (Art. 7, 8 Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, § 40 c BNatSchG-Entwurf) oder über Art. 9 Verordnung (EU) zugelassene Einrichtungen einen Anspruch zur Haltung invasiver Arten. In Zoos ist nur die Haltung invasiver Arten, die in ihrem Lebensraum bedroht sind (Ex-situ-Erhaltung), möglich. Die Haltung aller anderen gelisteten invasiven Arten in Zoos läuft aus. Bestandstiere müssen zudem an der Fortpflanzung dauerhaft gehindert werden.
Allerdings leistet auch die Haltung von Tieren invasiver Arten einen wertvollen Beitrag für den hoheitlichen Bildungsauftrag von Zoos (Informationen zu Biodiversität, Bedrohungsfaktoren von Lebensräumen, Neozoen etc.) Dieser Aspekt der Bildungsarbeit würde eingeschränkt oder sogar komplett entfallen, wenn invasive Tierarten nicht mehr gehalten werden dürften.
Sozial lebende Tiere werden durch die Verhinderung der Fortpflanzung am Ausleben eines wichtigen Aspekts ihres natürlichen Verhaltensrepertoires gehindert. Dies steht im Widerspruch zu modernen Tierschutz-Standards.
Zoos, die entsprechend der EU-Richtlinie 1999/22/EG genehmigt worden sind, stellen aufgrund ihrer hohen Sicherheitsstandards dagegen nur ein minimales Risiko für die Etablierung invasiver Arten dar.
Zoos sollte deshalb aus Gründen eines zwingenden öffentlichen Interesses als

Einrichtung im Sinne des Artikels 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 eine Ausnahmegenehmigung zur Haltung von Tieren invasiver Arten unter bestimmten Bedingungen erteilt werden.

2. Verwaiste Jungtiere und verletzte Tiere, auch solche invasiver, nicht einheimischer Arten, werden in zunehmender Zahl in Tierheimen und (Wildtier-) Auffangstationen abgegeben (z.B. Waschbären). Auch Zoos nehmen Tiere invasiver Arten auf. Eine Vermittlung der Tiere an Private ist dringend geboten, um eine Überlastung der Einrichtungen zu vermeiden. Nach Auffassung der EU-Kommission kann im Rahmen von Managementmaßnahmen nach Art. 19 Abs. 2 der VO (EU) 1143/2014 eine solche Aufnahme und Weitergabe an private Halter zugelassen werden, vorausgesetzt die Haltung erfolgt unter Verschluss und die Fortpflanzung ist ausgeschlossen.

Der Betrieb von Auffangstationen und Tierheimen sowie die Aufnahme, Versorgung und Pflege gelisteter Tiere ist zudem als Ausnahme aufgrund zwingenden öffentlichen Interesses im Sinne des Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 zu werten.

Beschluss

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie wird gebeten,

1. sich dafür einzusetzen, dass in Zoos weiterhin Tiere aller als invasiv gelisteten Arten dauerhaft gehalten werden dürfen, solange ein Entweichen der Tiere sichergestellt ist. Dies schließt die Fortpflanzungsmöglichkeit bei sozial lebenden Tieren mit ein.
2. sicherzustellen, dass Tierheime und Auffangstationen auch künftig Tiere gelisteter Arten aufnehmen, halten und vermitteln dürfen.